Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

29. September 2025

Medizinische Hilfe für verletzte Kinder aus Kriegsgebieten
Antrag der Fraktion B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.1540 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, wie viele verletzte Kinder aus Kriegsgebieten im Klinikum Kassel aufgenommen und behandelt werden können. Ziel ist es, schwer verletzten und besonders schutzbedürftigen Kindern eine bestmögliche medizinische Versorgung und damit eine Perspektive auf Genesung zu ermöglichen.

Im Rahmen eines Magistratsberichts soll insbesondere dargelegt werden, welche rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen gelten, welche Unterstützungsmöglichkeiten durch Bund und Land bestehen und welche Kapazitäten im Klinikum Kassel kurzfristig zur Verfügung stehen.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, in einem der kommenden Ausschüsse für Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des Klinikums Kassel einzuladen, um über die bisherigen Erfahrungen bei der Behandlung von Menschen aus Kriegsgebieten zu berichten.

Außerdem soll der Magistrat den Dialog mit der Zivilgesellschaft suchen, um den Kindern neben der physischen Genesung auch einen geschützten Aufenthalt und seelische Geborgenheit in Kassel bieten zu können.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Stadtverordnete Gleuel und Rieger
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Medizinische Hilfe für verletzte Kinder aus Kriegsgebieten, 101.19.1540, wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, wie viele verletzte Kinder aus Kriegsgebieten **insbesondere aus Gaza** im Klinikum Kassel aufgenommen und behandelt werden können. Ziel ist es, schwer verletzten und besonders schutzbedürftigen Kindern eine bestmögliche medizinische Versorgung und damit eine Perspektive auf Genesung zu ermöglichen.

Im Rahmen eines Magistratsberichts soll insbesondere dargelegt werden, welche rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen gelten, welche Unterstützungsmöglichkeiten durch Bund und Land bestehen und welche Kapazitäten im Klinikum Kassel kurzfristig zur Verfügung stehen.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, in einem der kommenden Ausschüsse für Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des Klinikums Kassel einzuladen, um über die bisherigen Erfahrungen bei der Behandlung von Menschen aus Kriegsgebieten zu berichten.

Außerdem soll der Magistrat den Dialog mit der Zivilgesellschaft suchen, um den Kindern neben der physischen Genesung auch einen geschützten Aufenthalt und seelische Geborgenheit in Kassel bieten zu können.

Der Magistrat wird aufgefordert sich dem Appell zur humanitären Aufnahme besonders schutzbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel der Städte Hannover, Düsseldorf, Leipzig, Kiel und Bonn sowie anderen Städten anzuschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Die Linke, Stadtverordneter Dr. Hoppe
Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP, AfD, Stadtverordneter Klobuczynski
Enthaltung: SPD
Abwesend: Stadtverordnete Gleuel und Rieger
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Medizinische Hilfe für verletzte Kinder aus Kriegsgebieten, 101.19.1540, wird **abgelehnt.**

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin